



JAHRESBERICHTE 2019

SP STADT BERN

Ja zum Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften

Ja ZU GÜNSTIGEN WOHNUNGEN

Abstimmung vom **19. Mai 2019**

SP AL JUSO EVP FFA GFL PdA Pdp GSB MV vpod ssp gap GRÜNE

Impressum

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
Monbijoustrasse 61, Postfach 2947, 3001 Bern
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81
bern@spbe.ch, www.spbern.ch
Februar 2019

Inhaltsverzeichnis

1. Bericht des Präsidiums	4
2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion	7
3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte	11
4. Gemeindeabstimmungen 2019.....	13
5. Mitgliederentwicklung	14
6. Jahresrechnung	15
6.1 Bilanz per 31. Dezember 2019	15
6.2 Gewinn- und Verlustrechnung 1.1. - 31.12.2019	16
7. Berichte der Arbeitsgruppen	17
7.1 Arbeitsgruppe Bildung	17
7.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung	18
7.3 Arbeitsgruppe Kultur.....	19
7.4 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit	21
7.5 Arbeitsgruppe Sicherheit.....	22
7.6 Arbeitsgruppe Sozialpolitik	23
7.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr	24
8. Bericht der JUSO Stadt Bern	25
9. Kontaktadressen.....	27

1. Bericht des Präsidiums

Auch das Jahr 2019 war intensiv und anspruchsvoll. Die erste Delegiertenversammlung 2019 stand im Zeichen der allfälligen Gemeindefusion mit Ostermundigen. Nach zwei spannenden Inputreferaten und einer Podiumsdiskussion haben die Delegierten das Grundsatzpapier «Leitlinien für Gemeindefusionen aus sozialdemokratischer Sicht» verabschiedet. Zudem wurde im Anschluss an die Versammlung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche den Zusammenschluss von Bern und Ostermundigen sowie entsprechende Bedingungen für diese Fusion näher untersuchen soll. Ebenfalls im Januar hat die «Findungskommission Gemeinderat» ihre Arbeit aufgenommen, um eine Nachfolge für Ursula Wyss zu suchen, die bei den Gemeinderatswahlen 2020 leider nicht mehr antreten wird.



Im Februar stand vor allem eine Abstimmung im Fokus: das Reglement über die Planungsmehrwertabgabe (PMAR), das mit 70.24% angenommen wurde. Der bürgerliche «Volksvorschlag» blieb dagegen chancenlos. Wir haben uns sehr gefreut, dass es den bürgerlichen Parteien einmal mehr nicht gelungen ist, der Allgemeinheit Gelder zu entziehen, die dringend benötigt werden. Unsere Kampagne hat überzeugt.

Die Delegiertenversammlung im April stand im Zeichen der Gemeindevahlen 2020. Die Delegierten haben sich dafür entschieden, wie bis anhin mit vierzig statt mit achtzig Stadtratskandidierenden in die Wahlen zu gehen. An dieser Stelle sei den Mitgliedern der «AG Aufbruch», die eine solide Grundlage für den Entscheid erarbeitet haben, herzlich für ihren grossen Einsatz

gedankt!

Im Mai haben die Delegierten das bildungspolitische Positionspapier «Das Wohl des Kindes steht im Zentrum - die Volksschule ist die beste Schule und eine Schule für alle» verabschiedet. Am Vortag hatten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Bern ganz im Sinne der SP entschieden: Für die Sanierung des Kleefeld-Schulhauses und die Unterstützung der städtischen Kulturinstitutionen. Zentral war die städtische Vorlage zum Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften, welcher mit 74.15% angenommen wurde. Der Rahmenkredit ermöglicht es der Stadt, rasch Liegenschaften zu kaufen und bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Er geht auf einen

Vorstoss der SP-Fraktion im Stadtrat zurück und zeigt, wie wir uns auf allen Ebenen für mehr bezahlbare Wohnungen engagieren.

Auf kantonaler Ebene haben die Bernerinnen und Berner an diesem Abstimmungssonntag für eine kleine Sensation gesorgt: die unsägliche «Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe» wurde von der Stadt Bern im letzten Augenblick gekippt. Damit haben wir es geschafft, den von den Bürgerlichen propagierten Kürzungen in der Sozialhilfe einen Riegel zu schieben. An dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön an alle, die sich an diesem wichtigen Referendum beteiligt haben.

Die Juni-Delegiertenversammlung fand gemeinsam mit den SP-Sektionen Köniz, Muri-Gümligen und Ostermundigen im Schloss Köniz statt und widmete sich im Rahmen eines Referats und einer Podiumsdiskussion der Frage, was Bern von Zürich punkto regionaler (Stadt-)Entwicklung lernen könne. Ebenfalls im Juni hat die Geschäftsleitung die «AG Social Media» in der Geschäftsordnung verankert.

Am 14. Juni haben zahlreiche SP-Frauen und -Männer am nationalen Frauenstreik teilgenommen. Diese Demo war ein starkes Zeichen für mehr Gleichstellung und wird wohl vielen noch lange in Erinnerung bleiben und nachwirken.

Die Sommerferien ermöglichten eine Pause und den einen oder anderen Sprung in die Aare, bevor es in der September-Delegiertenversammlung direkt mit einem weiteren Kernthema der SP weiterging: Wir haben darüber diskutiert, wie sozialdemokratische Wohnbaupolitik in der Stadt Bern aussehen soll, und das Positionspapier «Wohnen in der Stadt Bern» verabschiedet. Anlässlich der Klimademo gingen noch einmal Tausende auf die Strasse – darunter natürlich auch zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

An der Delegiertenversammlung im Oktober haben wir eine Auslegeordnung zum städtischen Service public aus sozialdemokratischer Sicht gemacht. Es gab eine spannende Podiumsdiskussion mit hochkarätigen Gästen.

Ende Oktober wählte die Schweiz ein neues Parlament: Die Stadtberner NationalrätInnen haben die Wiederwahl mit Glanzresultaten geschafft. Neu sitzt neben Flavia

ARMUT BEKÄMPFEN, NICHT ARME

Am 19. Mai 2019:

Nein zum Sozialhilfegesetz

Ja zum Volksvorschlag



Wasserfallen, Nadine Masshardt und Matthias Aebischer auch Tamara Funciello im Nationalrat – herzliche Gratulation!

Im November hat die Stimmbevölkerung über vier städtische Vorlagen entschieden: Die dringend nötige Schwimmhalle im Neufeld (ca. 86% Zustimmung) kann nun endlich gebaut werden und auch das Schulraumprovisorium Brünnen (92.04%) sowie das Budget 2020 der Stadt Bern (75.63%) wurden deutlich angenommen.

Auch im Jahr 2019 haben zahlreiche Menschen in Arbeitsgruppen, Kommissionen und anderen Gremien wahnsinnig viel geleistet, indem sie viel Zeit und Herzblut investiert haben. Wir möchten euch allen ganz herzlich dafür danken! Ehrenamtliche Arbeit ist keine Selbstverständlichkeit – aber im Jahr 2020 brauchen wir dieses Engagement mehr denn je!

Im November 2020 sind die städtischen Wahlen. Die Ausgangslage ist nicht bequem. Wenn wir aber alle am selben Strick ziehen und einen starken Wahlkampf machen, können wir diese Wahlen gewinnen.

Weil es um jede Stimme gehen wird, werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen müssen, dass unsere beiden Kandidierenden in den Gemeinderat gewählt werden. Der grosse Leistungsausweis unserer beiden sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zeigt, dass es eine starke SP in Bern braucht. Denn wir sind diejenigen, die umsetzen und die Herausforderungen der Zukunft anpacken. Wir haben dafür gesorgt, dass es mehr Temporeduktionen, zugänglichere ÖV-Haltestellen, mehr Sicherheit für Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger gibt. Es ist zudem auch unseren Gemeinderatsmitgliedern zu verdanken, dass der öffentliche Raum wieder attraktiv ist und vor allem, dass die Bremse im Wohnungsbau gelöst werden konnte. Die SP setzt sich konsequent für mehr bezahlbare Wohnungen ein und wird das auch weiterhin tun. Uns ist es wichtig, dass die Stadt Bern für die Menschen gestaltet wird – unabhängig davon, wie gross ihr Portemonnaie ist. Hier soll es für alle Platz haben.

Im Jahr 2020 müssen wir für eine solidarische Stadt Bern zusammenstehen – für eine Stadt mit sicheren Schulwegen statt mit 50er-Zonen. Für einen einladenden, lebendigen öffentlichen Raum statt toten Strassenschluchten, für eine Stadt mit bezahlbaren Wohnungen statt mit Immobilienspekulation und für eine Stadt mit hervorragenden öffentlichen Dienstleistungen, gutem öffentlichem Verkehr, zeitgemässen Sportanlagen und nachhaltigem Schulraum.

Wir freuen uns, zusammen mit euch allen für diese Ziele zu kämpfen und dafür zu sorgen, dass wir im Dezember auf ein erfolgreiches 2020 zurückschauen können.

Für eine weiterhin offene, solidarische und ökologische Stadt Bern!

Edith Siegenthaler und Daniel Rauch, Co-Präsidium SP Stadt Bern



2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion

Fraktion

Die Fraktion verzeichnet zwei Wechsel im 2019: Ladina Kirchen tritt am 25. April und Lena Sorg auf den 12. Dezember zurück. Szabolcs Mihalyi tritt im Mai sein Amt an, Esther Muntwyler beginnt Anfang 2020. Somit setzt sich die SP/JUSO-Fraktion ab 2020 aus 15 Frauen und 9 Männern zusammen.

Lena Sorg gibt nach drei Jahren auf Anfang 2019 ihr Amt als Co-Fraktionspräsidentin ab. Die Fraktion bestätigt die bisherige Co-Fraktionspräsidentin Marieke Kruit einstimmig als Fraktionspräsidentin und Peter Marbet als Vizepräsidenten. Peter beendet seine mehrjährige Tätigkeit als Vizepräsident während des Jahres. Als Nachfolger wird Timur Akçasayar gewählt.

In ihrer Retraite im März diskutiert die Fraktion in folgenden Workshops Vorstösse und Massnahmen zu kommenden sozialen Herausforderungen: «Generationen», «Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt», «Wohnen und Quartierentwicklung» sowie «Arbeit und Armut». Ein Referat von Stefan Krattiger zu Social Media rundet den Tag ab.

Parlamentarische Arbeit

Mit dem Abschluss des anspruchsvollen, städtebaulichen Wettbewerbs ist die Planung **Viererfeld/Mittelfeld** einen wichtigen Schritt weiter. Der Wettbewerb ergibt eine breite Palette kreativen Gestaltungsideen für das neue Stadtquartier. Auf dieser Basis folgen die weiteren Planungsschritte, damit der dringend nötige Wohnraum bald zur Verfügung steht.

Auch beim zweiten grossen Wohnbauprojekt – dem **Gaswerkareal** – werden wichtige Weichen gestellt. Der Gaskessel mit einer langen Geschichte und seinen einzigartigen Räumlichkeiten bleibt richtigerweise an seinem bisherigen Standort. Mit der Zustimmung zur Jugendmotion «Der Gaskessel bleibt, wo er ist» und mehreren Planungserklärungen zum Gaswerkareal hat sich die SP mit der Mehrheit des Stadtrats für den Erhalt des Gaskessels ausgesprochen.

Erfreulich ist das deutliche Ja der Stadtbernerinnen und -berner zum **Rahmenkredit zum Erwerb von Liegenschaften** von 60 Mio. Franken. Diese Abstimmungsvorlage geht auf einen Vorstoss zurück, den die SP massgeblich geprägt hat. Die Stadt kann nun eine noch aktivere Wohnpolitik betreiben und die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum vorantreiben.

Eine weitere wichtige Weichenstellung für mehr bezahlbaren Wohnraum folgt am 14. November. Dann weist das Bundesgericht die Beschwerde gegen die Initiative «**Für bezahlbare Wohnungen**» vollumfänglich ab. Damit kann das Volksbegehren in Kraft gesetzt werden.

Im April nimmt der Stadtrat die **Wohnstrategie der Stadt Bern** mit grosser Zustimmung zur Kenntnis. Darin setzt der Gemeinderat die Schwerpunkte seiner künftigen wohnpolitischen Tätigkeit. Ergänzend zu den privaten Akteurinnen und Akteure will er gemeinnützige Trägerschaften stärken. Zudem beabsichtigt die Stadt den eigenen

Wohnungsbau zu intensivieren und so mehr preisgünstigen und vielfältigen Wohnraum für alle zu schaffen. Verschiedene Projekte stehen vor der Realisierung oder sind in Planung.

In einem breiten Komitee setzt sich die SP für ein Ja zum **Planungsmehrwertabgabe-Reglement (PMAR)** ein. Die Zustimmung fällt mit gut 70 Prozent deutlich aus. Mit dem PMAR kann die Stadt Bern ihre bewährte Praxis fortführen und für eine gerechte Stadtentwicklung sorgen.

Nach dem deutlichen Ja im Stadtrat folgt auch ein klares Ja der Stimmbevölkerung zum Zonenplan Sportanlagen Neufeld und dem Baukredit für die **50-Meter-Schwimmhalle**. Damit kann unser Mangel an gedeckten Wasserflächen endlich behoben werden.

Der **positive Rechnungsabschluss** bestätigt die solide Finanzpolitik von Michael Aebersold und des rot-grünen Gemeinderats. Die Abweichung von 13 Mio. Franken gegenüber dem Budget fällt erheblich geringer aus als in den Vorjahren. Der Finanzplan 2020-23 (IAFP) sieht u.a. bei Schulbauten und Freizeitanlagen hohe Investitionen vor. Die SP begrüsst es, dass zudem in die externe Kinderbetreuung und in die fällige Reallohnerhöhung investiert werden soll. Die Stadtberner Bevölkerung heisst das Budget 2020 mit einem Überschuss von 14 Mio. Franken mit 76,5 Prozent klar gut.

2019 steht auch im Zeichen des Klimas. Der Stadtrat trifft sich im Juni zum grossen **Klimagipfel**. Er behandelt fast zwei Dutzend Vorstösse mit klimapolitischen Inhalten. Unsere Fraktion hat sich schon vorher mit Ökologiefragen befasst und in mehreren Vorstössen eine Reduktion des CO₂-Austosses sowie eine klimaneutrale Stadt Bern gefordert – zuletzt in der dringlichen Motion «CO₂-Neutralität bis 2030». Der Gemeinderat nimmt diese Anliegen auf und will es nun mit hoher Priorität umsetzen.

Konkrete **Massnahmen für mehr Nachhaltigkeit** werden bereits umgesetzt: Unser Vorstoss für den Pilotversuch «Kehrichttrennung im öffentlichen Raum» sowie der von unserer Gemeinderätin Ursula Wyss initiierte Pilotversuch mit dem «Farbsacktrennsystem» verlaufen positiv. Wir hoffen auf eine rasche Einführung, bringt dies doch klare Verbesserungen bei Ökobilanz und Komfort.

Eine Vorreiterrolle strebt die Mehrheit des Stadt- und des Gemeinderats bei der **Parteienfinanzierung** an. Hier Transparenz zu schaffen ist ein Kernanliegen der SP. Bern soll die erste Stadt der Schweiz sein, die sich bei der Parteienfinanzierung Vorschriften gibt. Das Volk hat nun das letzte Wort.

In eindrücklicher Erinnerung bleibt der **Frauenstreik am 14. Juni**. Am Vorabend setzen die Stadträtinnen gemeinsam ein Zeichen: Gleichstellungsvorstössen werden eingereicht, im Rat ergreifen vorwiegend Frauen das Wort, das Sitzungsgeld wird ans Frauenhaus Bern gespendet sowie in der Pause ein Picknick auf dem Bundesplatz veranstaltet.



Zur Wehr setzen wir uns bei der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Revision zum Kundgebungsreglement. Wir sind der Meinung, dass die vom Stadtrat überwiesene Motion «Gleiche Rechte für alle: Kundgebungen während den eidgenössischen Sessions auf dem Bundesplatz erlauben» damit nicht umgesetzt wird. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das **Demonstrationsrecht in der Stadt Bern** weiter gestärkt und nicht geschwächt wird.

Eine repräsentative Umfrage zeigt, dass die Bernerinnen und Berner im Vergleich mit anderen Schweizer Städten am zufriedensten sind mit ihrer Verkehrssituation. Angesichts dieser **klaren Bestätigung für unsere Verkehrspolitik** gehen wir den eingeschlagenen Weg weiter und engagieren uns für einen attraktiven öffentlichen Raum.

Die von der SP miteingereichte Motion «Sozialverträgliche Mahlzeitentarife an Berner Tagesschulen» wird vom Gemeinderat mit der Teilrevision des Betreuungs- und des Schulreglements umgesetzt. Das bringt wichtige Fortschritte für eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Konkret geht es um ein ausreichendes und gutes Angebot an externer Kinderbetreuung: Mahlzeiten in Kitas, Tagesschulen und bei Tageseltern sollen abhängig vom Einkommen der Eltern vergünstigt werden. Die Abstufung der Mahlzeitenbeiträge entlastet Eltern und erhöht die Chancengerechtigkeit.

Im Dezember 2018 beschliessen die Exekutiven der Gemeinde Ostermundigen und der Stadt Bern, mit einer Machbarkeitsstudie die Chancen und Risiken einer **Gemeindefusion** auszuloten. Nachdem Ja vom Stadtrat zum Projektkredit zu den Fusionsabklärungen, wird das Projekt Kooperation Bern mit den Gemeinden Bern, Bolligen, Bremgarten bei Bern, Frauenkappelen, Kehrsatz und Ostermundigen gestartet.

Unser Dank

Wir danken den Mitgliedern der SP/JUSO-Fraktion ganz herzlich für ihr grosses Engagement im Stadt- und Gemeinderat wie auch in den vorberatenden Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Marieke Kruit (Fraktionspräsidentin) und Timur Akçasayar (Vize-Fraktionspräsident)



Marieke Kruit



Timur Akçasayar



Mohamed Abdirahim



Katharina Altas



Laura Binz



Yasemin Cevik



Benno Frauchiger



Bernadette Haefliger



Nadja Kehrl



Ingrid Kissling



Fuat Köçer



Martin Krebs



Nora Krummen



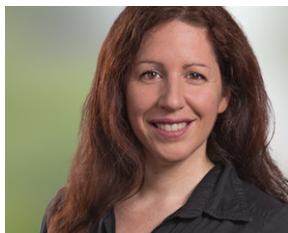
Barbara Nyffeler



Peter Marbet



Szabolcs Mihalyi



Patrizia Mordini



Esther Muntwyler



Edith Siegenthaler



Bettina Stüssi



Michael Sutter



Ayşe Turgul



Johannes Wartenweiler



Lisa Witzig

3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte

Die SP Stadt Bern war 2019 mit Tamara Funicello (Justizkommission), Stefan Jordi (Gesundheits- und Sozialkommission), Ursula Marti (Finanzkommission), Meret Schindler (Sicherheitskommission), David Stampfli (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission), Béatrice Stucki (Finanzkommission) und Nicola von Greyerz (Bildungskommission) im Grossen Rat vertreten. Tamara wurde in den Nationalrat gewählt und trat per Novembersession aus dem Rat aus. Für sie ist Lea Kusano nachgerutscht.

Märzsession

Mit den Regierungsrichtlinien legt der Regierungsrat seine Ziele bis 2022 und Vision bis 2030 fest. Zu den Richtlinien lag eine Vielzahl von Planungserklärungen vor, diejenigen der bürgerlichen Seite wurden erfolgreich angenommen, diejenigen der SP hatten keine Chance. Die Änderungen des Wasserversorgungsgesetzes gaben weniger Anlass zur Diskussion, länger debattiert wurden die Änderungen des Gesetzes über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung. Schlussendlich wurde dem Erlass zugestimmt. Beim Personalgesetz vertrat die SP zwar bei den Änderungen die Haltung des Regierungsrats, unterlag damit aber im Grossen Rat. Ein kleiner Erfolg konnte dennoch erreicht werden: Die SP-Motion für Steuerdetektive wurde immerhin als Postulat überwiesen. Ebenfalls konnte verhindert werden, dass im ehemaligen Jugendheim in Prêles ein Rückführzentrum für abgewiesene Flüchtlinge realisiert wird. Für Investitionen in der Stadt Bern relevant sind die beiden bewilligten Kredite zum Aufbau des Wyss Centre und die Betriebsbeiträge an die sitem-Insel AG.

Junisession

Wie in der Märzsession war auch in dieser Session der Klimaschutz ein Thema. Der Grosse Rat verabschiedete eine Erklärung zur Klimapolitik in der er unter anderem festhält, dass er alles Mögliche tun will, um dem Klimawandel entgegenzutreten. Die erste Lesung zur Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs beinhaltete das Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz (EG AIG) sowie zum Asylgesetz (AsylG) und das Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG). Verschiedene Änderungsanträge, bei denen die SP massgebend beteiligt war, hatten einen schweren Stand und wurden abgelehnt. In den Gesetzen zeigt sich ein Misstrauen gegenüber Menschen, die zu uns geflüchtet sind. Im Vordergrund steht Fordern und nicht Fördern. Das grosse Ziel heisst dabei nach der Mehrheit des Rats: Kosteneffizienz. Dass der Bericht des Regierungsrats zur Zukunft der Gemeindeflandschaft im Kanton von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde, zeigt einmal mehr, dass diese sich eine ineffiziente Struktur leisten will. Mit rund 350 Gemeinden hat der Kanton am meisten Gemeinden der Schweiz, obschon 100 -150 Gemeinden eine sinnvolle Anzahl wäre.

Septembersession

Um für die dringend notwendigen Investitionen eine solide finanzielle Basis zu schaffen, wollte der Regierungsrat einen Fonds schaffen. Auch die SP unterstützte dieses Vorhaben, das im Rat unverständlicherweise keine Zustimmung fand. Dass es unsere Forderungen sehr schwierig haben, zeigte sich beispielsweise auch bei der Ablehnung von Frauenquoten auf Wahllisten, bei der Einführung einer Elternzeit oder eines finanziellen Beitrages für die Arbeitsmarktintegration von Sozialhilfebeziehende. Mit der Zustimmung zur Erneuerung des Inselvertrags und zum Rahmenkredit 2020-23 für Beiträge zur Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen wurden die finanziellen Grundlagen zur zukünftigen Gesundheitsgrundversorgung geschaffen. Der Masterplan zur Justizvollzugsstrategie des Kantons Bern bis 2032 zeigt auf, wie die notwendige Erneuerung in den nächsten Jahren angegangen werden soll. Er wurde mit grossem Mehr angenommen.

Novembersession

Auch in der zweiten Lesung wurde kein Antrag zu den Gesetzen SAFG und EG AIG angenommen. Dass es dem Grossen Rat mit dem Bildungscampus Burgdorf und der Konzentration der Berner Fachhochschulen ernst ist, zeigte er mit der Zustimmung zu den Projektierungskrediten und weiteren Vorstössen, die im Zusammenhang mit der Ablehnung des Investitionsfonds eingereicht wurden. Sie fordern ein Festhalten am eingeschlagenen Weg und sind für die Bildungslandschaft wegweisend. Auch relevant für die Stadt Bern sind die bewilligten Kredite für die bauliche Entwicklung des Inselareals und die medizinische Fakultät. Ebenfalls wichtig für Bern ist, dass die «Bundesmillion» nicht wegfällt. Eine entsprechende Motion wurde überwiesen. Die erste Lesung des Steuergesetzes war sehr ernüchternd für die Fraktion. Kein einziger Antrag der SP, wie z.B. die Streichung der ungerechten Pauschalbesteuerung, fand die nötige Mehrheit. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die SP das Gesetz in der vorliegenden Form ablehnt. Dass die Spitäler im Kanton vor grossen Herausforderungen stehen, zeigt die Zustimmung des Rates zu einer Motion, die eine Auslegungsforderung fordert, wie es um die Steuerung und der Finanzierung zukünftiger Investitionen steht.

Stefan Jordi, Grossrat Bern



Stefan Jordi



Lea Kusano



Ursula Marti



Meret Schindler



David Stampfli



Béatrice Stucki



Nicola von Greyerz

4. Gemeindeabstimmungen 2019

10. Februar

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Reglement über die Planungsmehrwertabgabe: - Stadtratsvorlage - Volksvorschlag	Ja Nein	Ja (70.24 %) Nein (66.4 %)

19. Mai

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Ersatzneubauten und Sanierung Doppelturnhalle Volksschule Kleefeld: Baukredit	Ja	Ja (91.29 %)
Erwerb von Liegenschaften: Rahmenkredit	Ja	Ja (74.15 %)
Betriebsbeiträge an vier Kulturinstitutionen für die Jahre 2020–2023: - Verpflichtungskredit Bernisches Historisches Museum - Verpflichtungskredit Konzert Theater Bern - Verpflichtungskredit Kornhausbibliotheken - Verpflichtungskredit Dampfzentrale Bern	Ja Ja Ja Ja	Ja (89.24 %) Ja (81.88 %) Ja (88.42 %) Ja (79.03 %)

17. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Zonenplan Sportanlagen Neufeld	Ja	Ja (87.12 %)
Neubau 50-Meter-Schwimmhalle und Neuordnung Sportanlagen Neufeld: Baukredit und Erwerb im Bau- recht	Ja	Ja (85.30 %)
Schulraumprovisorium Brünnen: Baukredit	Ja	Ja (92.04 %)
Budget 2020 der Stadt Bern	Ja	Ja (75.63 %)

5. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 31.12.2019

Sektion	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Diff. 18/19	Dele- gierte
Altstadt-Kir- chenfeld	183	191	192	182	179	176	172	184	180	180	-	9
Bümpliz / Bethlehem	205	208	203	202	210	217	218	228	230	236	+ 6	12
Holligen	63	71	71	68	71	69	74	77	81	75	- 6	4
Länggasse- Felsenau	171	178	172	155	174	179	187	192	201	206	+ 5	11
Nord	251	240	235	254	253	264	284	293	307	320	+ 13	16
Ost	148	162	176	180	178	188	194	204	214	223	+ 9	12
Süd	168	180	168	178	168	165	175	181	185	194	+ 9	10
Einzel- mitglieder	9	7	6	6	5	5	4	4	4	2	- 2	-
Total	1198	1237	1224	1225	1238	1263	1308	1363	1402	1436	+ 34	74

6. Jahresrechnung

6.1 Bilanz per 31. Dezember 2019

	31.12.2018	31.12.2019
Aktiven	147'049.59	174'211.39
Postkonto 30-8910-5	124'150.04	149'123.19
Postkonto 31-590906-3	5'322.00	5'262.00
Postkonto 92-958286-0	16'877.55	16'877.55
Debitoren andere	700.00	2'555.00
Transitorische Aktiven	0.00	393.65
Passiven	147'049.59	174'211.39
Transitorische Passiven	4'185.00	0.00
Wahlfonds	54'178.00	84'178.00
Kampagnenfonds	10'000.00	10'000.00
Fonds politische Rechte	12'357.20	12'657.20
Finanzausgleichsfonds	219.00	566.45
Gewinnvortrag 01.01	65'010.49	66'110.39
Gewinn laufendes Jahr	1'099.90	699.35
Gewinnvortrag 31.12.	66'110.39	66'809.74

6.2 Gewinn- und Verlustrechnung 1.1. - 31.12.2019

	Rechnung 18	Budget 19	Rechnung 19
Total Aufwand	136'390.10	135'670.00	135'674.15
Kampagnen	5'619.60	7'500.00	9'810.25
Wahlen	0.00	0.00	0.00
Veranstaltungen öffentlich	2'463.20	1'500.00	1'189.00
Unterstützungen extern	1'340.00	1'340.00	1'440.00
Werbung/Information	6'320.95	1'000.00	0.00
Einlage Wahlfonds	30'000.00	30'000.00	30'000.00
Einlage Kampagnenfonds	0.00	0.00	0.00
Parteiversammlungen	2'586.25	4'500.00	2'932.80
regiolinks.be / Info	6'141.65	6'500.00	6'142.00
Anlässe	677.90	2'000.00	1'321.30
Unterstützungen Intern (Juso)	2'500.00	3'500.00	3'500.00
Einlage Fonds pol. Rechte	300.00	300.00	300.00
Einlage Finanzausgleichsfonds	0.00	0.00	0.00
Abschreibungen	0.00	0.00	700.00
Beitrag SP Kanton	72'686.00	72'130.00	72'423.00
Administration	1'388.00	2'000.00	1'713.45
Kredit GL	2'989.45	3'000.00	2'437.00
Internet	678.30	400.00	325.35
Diverses	698.80	0.00	0.00
Steuern	0.00	0.00	0.00
Ausserordentlicher Aufwand	0.00	0.00	1'440.00
Total Ertrag	137'490.00	135'550.00	136'373.50
Sektionsbeiträge	118'080.00	115'500.00	117'189.00
Mandatsabgaben	19'410.00	20'000.00	19'130.00
Spenden	0.00	0.00	54.50
Ertrag Kampagnen	0.00	0.00	0.00
Wahlfinanzierung	0.00	0.00	0.00
Übriger Ertrag	0.00	0.00	0.00
Zinsertrag	0.00	50.00	0.00
ausserordentlicher Ertrag	0.00	0.00	0.00
Entnahme Wahlfonds	0.00	0.00	0.00
Entnahme Kampagnenfonds	0.00	0.00	0.00
Entnahme Fonds. Pol. Rechte	0.00	0.00	0.00
Entnahme Finanzausgleichsfonds	0.00	0.00	0.00
Erfolg	1'099.90	-120.00	699.35

7. Berichte der Arbeitsgruppen

Die **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie** hat sich 2019 zu keiner Sitzung getroffen und konstituiert sich derzeit neu.

7.1 Arbeitsgruppe Bildung

Im Berichtsjahr 2019 fanden drei geplante Sitzungen der AG Bildung der SP Stadt Bern statt. Zusätzlich trafen sich Mitglieder der AG Bildung in kleinen Gruppen, um themenspezifischen Aufgaben nachzugehen. Grundsätzlich waren die Sitzungen weniger gut besucht als in den Vorjahren. In der Regel nahmen durchschnittlich zehn Personen teil. Dies mag daran liegen, dass der Kontakt zu den neuen Schulkommissionsmitgliedern noch nicht optimal hergestellt ist. Damit Themen und Anliegen aus dem Volksschulbereich aufgegriffen werden könnten, ist eine Vernetzung mit den Schulkommissionsmitgliedern für unsere Arbeit jedoch zentral. Eine persönliche Kontaktaufnahme mit allen neuen Schulkommissionsmitgliedern ist für das kommende Jahr geplant.

Die Zusammenarbeit in der AG Bildung ist gut, die Diskussionen sind differenziert und engagiert.

Im Frühling wurde das Positionspapier Bildungspolitik an der DV diskutiert und verabschiedet. Die AG nahm danach die beschlossenen Änderungen vor. Dazu fanden Sitzungen in Untergruppen statt. Das Positionspapier ist nun finalisiert und soll noch mit der Position der SP der Stadt Bern hinsichtlich des Übertritts vom 9. Schuljahr in weiterführende Bildungsangebote ergänzt werden.

Die Themen des Positionspapiers sind:

1. Vielfalt und Heterogenität: eine Schule für Alle.
2. Chancengleichheit und -gerechtigkeit: eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von grösster Bedeutung.
3. Bildungslandschaften: Zusammenführen und Vernetzen von allen Bildungsakteuren.
4. Ressourcen: Ausreichend Ressourcen für einen umfassenden Bildungsauftrag.
5. Qualität: Die Schule verfügt über eine hohe Qualität.

Nach den Sommerferien wurden zwei Stellungnahmen zu Vernehmlassungen erarbeitet. Die beiden Teilrevisionen des städtischen Schulreglements (Reglement vom 30. März 2006 über das Schulwesen; SSSB 430.101) unter dem gemeinsamen Titel *Strukturreform Volksschule* hängen stark zusammen und betreffen zum einen die Schulkommissionen und zum andern die Organisation der Tagesbetreuung von Schulkindern.

Im Bereich der Schulkommissionen hat sich die SP Stadt Bern für das Modell «Ist-Zustand optimiert» ausgesprochen. Diese Version entspricht mit wenigen Änderungen der heutigen Struktur mit dezentralen und quartiernahen Schulkommissionen. Die Zusammenführung der beiden Schulkommissionen im Sonderschulbereich zu einer Sonderschulkommission lehnen wir nicht ab, erachten sie zum jetzigen Zeitpunkt jedoch als ungünstig.

Bei der zweiten Stellungnahme zum Thema Tagesbetreuung gab es kontroverse Diskussionen. Grundsätzlich sind wir mit der Neuregelung der Tagesbetreuung einverstanden. Bei der Umsetzung werden wir dafür einstehen, dass die Anstellung der Tagesschulleitungen bei der Direktion BSS neue innovative Schulprojekte (wie die Ganztageschule etc.) nicht behindert und dass zwischen Tagesbetreuung und Volksschule gegenseitig verbindliche Kommunikations- und Zusammenarbeitsgefässe geschaffen und eingefordert werden.

Für die AG Bildung: Barbara Breitenstein und Cipriano Alvarez

7.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung

Die AG Gleichstellung bestand 2019 aus fünf Mitgliedern: Edith Siegenthaler, Natalie Studer, Katrin Forrer (neu), Sandra Rüfenacht (neu) und Andrea Kaufmann. Die AG Gleichstellung hat kein Präsidium; die Aufgaben werden unter den Mitgliedern aufgeteilt. 2019 fanden vier ordentliche Sitzungen statt.

Die AG Gleichstellung hat zwei Positionspapiere von Arbeitsgruppen aus einer Gleichstellungsperspektive begutachtet, sowie einen Austausch mit der Fachstelle Gleichstellung der Stadt Bern durchgeführt.

Positionspapier der AG Bildung

Die AG Gleichstellung fand, dass verschiedene Gleichstellungsthemen im Papier berücksichtigt wurden. Die AG Gleichstellung hat unter anderem den Aspekt der Bekämpfung von Stereotypen in der Bildung (MINT-Fächer für Frauen* attraktiv machen, «Frauenfächer», u.a.) vorgeschlagen. Das Ziel der Bildung sollte sein, die Entfaltung für alle zu ermöglichen.

Positionspapier der AG Wohnen

Das Positionspapier der AG Wohnen beurteilte die AG bezüglich Gleichstellung als sehr gelungen. Ein Vorschlag im Bereich Sicherheit wurde angebracht: Bei Neubauten sowie in der Wohnumgebung sollten Sicherheitsaspekte, auch das subjektive Sicherheitsgefühl, berücksichtigt werden.

Austausch mit der städtischen Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann

Der Austausch mit der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern ist fester Bestandteil der Arbeit der AG Gleichstellung. 2019 wurden verschiedene Themen diskutiert:

Aktionsplan 2019-2022: Der dritte Aktionsplan (2019-2022) wurde verabschiedet. Er wurde basierend auf Hearings mit Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen LGBTIQ,

Frauen*- und Männer*organisationen, Beratungsstellen sowie unter Berücksichtigung des Inhalts der früheren Aktionspläne und internationaler Entwicklungen (z.B. Istanbul-Konvention) erstellt.

*Expert*in LGBTIQ:* Seit 2018 umfasst der Auftrag der Fachstelle auch die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen. Verschiedene Aktivitäten erfolgten, etwa der Beitritt von Bern zum Rainbow City Network, Mittagsveranstaltungen für städtische Angestellte zur Sensibilisierung oder der Einbezug von Expert*innen in der Planung von neuen Sportanlagen.

Lohnungleichheit in der Stadt Bern: Die Lohnungleichheit in der Stadtverwaltung wird systematisch alle zwei bis vier Jahre überprüft; die Resultate sind befriedigend. Die nächste Überprüfung findet 2021 statt. Ausserdem fanden Kontrollen von Leistungsvertragspartnern der Stadt Bern statt (Prüfung mit LOGIB oder ARBIG). Die Überprüfung wurde noch nicht ausgewertet.

Frauen in Kaderpositionen:* Der Frauen*anteil im Kader bei der städtischen Verwaltung liegt aktuell bei rund 32 Prozent, Zielvorgabe sind 35 Prozent. Gemäss einer Studie ist weniger die Rekrutierung das Problem, sondern die Fluktuation von Frauen*. Vereinbarkeit ist für viele herausfordernd.

Weitere Themen waren die Frauen*förderung (Massnahmen und Strategien), Gewaltprävention (Istanbul-Konvention), Ganztageseschulen und das Thema Elternurlaub in der Stadt Bern.

Weitere Aufgabenbereiche

Die AG Gleichstellung stellt sich zur Verfügung, die Anliegen von Sektionen oder der Partei zum Thema Gleichstellung zu bearbeiten. Ein Beispiel dafür war die Bearbeitung der Massnahmen der SP Länggasse-Felsenau zur Frauen*förderung im Jahr 2018.

Für die AG Gleichstellung: Andrea Kaufmann

7.3 Arbeitsgruppe Kultur

Die AG Kultur hat sich 2019 zu drei regulären Sitzungen getroffen. An der März-Sitzung diskutierten wir mit Berner Kulturjournalistinnen und -journalisten über die teilweise verzerrende Berichterstattung. Mit dabei waren Sophie Reinhard (Der Bund), Michael Sahli (Regionaljournal SRF) und Gisela Feuz (Radio Rabe, freie Journalistin).

Im Frühling 2019 traf sich eine Delegation der SP-Fraktion mit Bernhard Giger (Kornhausforum, bekult) und Beat Glur (Berner Kulturagenda, bekult). Als Geschäftsführer der Berner Kulturagenda ist es Glur ein Dorn im Auge, dass „Bern welcome“ an einer Veranstaltungsagenda arbeitet, die auch die Kulturveranstaltungen umfasst. Ausser-

dem kam das Thema der Kulturplakatierung zur Sprache. Daraus ist die Motion entstanden „Kultur braucht Öffentlichkeit und Plakatständer brauchen Standfestigkeit, Litfasssäulen für Bern“.

Im Juni hat „bekult“ zum Gurtengipfel geladen. Neben Franziska Burkhardt als neue Kulturbeauftragte der Stadt Bern waren Milena Daphinoff (Stadträtin CVP) und Katharina Altas auf dem Podium. Ebenfalls im Juni hat die AG Kultur die Forderungen aus dem SP-Positionspapier „Kulturpolitik in der Stadt Bern“ zu Händen der Parteileitung ausgewertet.

Als Ergebnis aus dem Treffen mit *Helvetia rockt* vom November 2018 ist im Juni 2019 die Motion „Diversity in der Sparte Musik“ eingereicht worden. Die Motion verlangt, dass die Vergabe von Kulturfördergeldern in der Sparte Musik auf die Themen Gendergerechtigkeit und Diversity durchleuchtet werden.

Ein Treffen mit dem Kollektiv *Heitere Fahne* und dem Verein *Beweggrund* (inklusive Tanzprojekte) stand im Juni auf dem Programm. Es ging um den Stellenwert der Inklusion in der städtischen Kulturförderung. Dabei kam heraus, unter welchen prekären Umständen die Mitarbeitenden der Heitere Fahne arbeiten und dass sie von der Gemeinde Köniz nicht unterstützt werden. Wir haben dazu geraten, sich mit Franziska Burkhardt und mit Könizer Politiker*innen zu treffen und für die nächste Leistungsperiode eine Eingabe bei der Regionalkonferenz Bern-Mittelland zu machen.

Im August hat Kultur Stadt Bern breit zum Kulturforum eingeladen, bei dem es um die Auswertung der Kulturstrategie ging. Einige Mitglieder der AG Kultur waren auch dabei.

Ein Treffen mit Franziska Burkhardt fand im September statt. Wir diskutierten folgende Themen mit ihr: Berner Kulturagenda, Transparenz und neue Kennzahlen/Statistiken in der Kulturförderung, Einhaltung und Kontrolle der Lohnvorgaben der Kulturverbände, Niederschwelligkeit von Kulturangeboten, Ateliers/Räume, Jugendkultur, Nachteilsausgleich und «Bundesmillion». Dabei haben wir auch erfahren, dass Kultur Stadt Bern die Altersvorsorge in unserem Sinne regeln möchte; das heisst, dass freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern auf freiwilliger Basis schon ab dem ersten Franken in die Altersvorsorge einbezahlt wird, wie es unsere Motion „Verbesserung der Altersvorsorge von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern in Bern“ verlangt.

Nach 8-jährigem Engagement in der AG Kultur wird Katharina deren Leitung im Lauf des Jahres 2020 an Nadja Kehrli-Feldmann übergeben.

Mitglieder der AG Kultur: Katharina Altas (Leitung) Laura Binz, Kalinka Huber, Patrizia Mordini, Markus Morgenegg, Gisela Nyfeler, Adrian Schild und Milva Stark

Für die AG Kultur: Katharina Altas

7.4 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit

2019 organisierte die AG regionale Zusammenarbeit die gemeinsame Versammlung der SP-Sektionen von Bern, Köniz, Muri-Gümligen und Ostermundigen zum Thema „Regionale Entwicklung in Zürich und Bern: Was kann Bern von Zürich lernen?“. Anna Schindler, Direktorin Stadtentwicklung Zürich, informierte am 26. Juni in Köniz über die Schwerpunkte der Stadtentwicklung Zürich. Anschliessend präsentierten Fabian Bauer (Bern), Rudolf Lüthi (Köniz), Raphael Racine (Muri-Gümligen) und Maya Weber (Ostermundigen) Projekte und Entwicklungspotenzial ihrer Gemeinden. In der von Tanja Bauer (Köniz) moderierten Diskussion wurde klar, dass die Probleme in Zürich und in der Region Bern sehr ähnlich sind, in Zürich mit der Stadtentwicklungs-Direktion aber ein mächtiges Instrument zur Verfügung steht, dessen Einführung in der Region Bern bis auf weiteres schlicht undenkbar ist. Eine Hauptaufgabe der Stadtentwicklung Zürich ist nämlich die Koordination von Projekten mit mehreren Departementen, z.B. in der Wohnpolitik mit den Departementen Präsidial, Hochbau, Tiefbau, Finanzen, Gesundheit und Umwelt. Genau diese Koordinationsfunktion verunmöglicht es, die Idee einer Stadtentwicklungs-Direktion 1:1 in die Kernregion Bern zu übertragen: Die oben aufgeführten fünf Departemente gibt es nämlich in jeder der 10 oder 12 Gemeinden der Kernregion Bern. Ein Vorhaben mit 50 – 60 Departementen koordinieren zu wollen, ist offensichtlich chancenlos. Das bedeutet: Wenn eine gezielte, koordinierte Entwicklung im Sinne der Stadtentwicklung Zürich in der Kernregion Bern etabliert werden soll, braucht es eine Grossfusion der 10 – 12 Gemeinden.

Eigene Erfolge schränken Handlungsspielraum ein

2019 hat die AG zwei Sitzungen durchgeführt, die dritte haben wir wegen etlichen Abmeldungen und mangels aktuellen Themen abgesagt. In gewissem Sinn schränken uns eigene Erfolge ein: In der von der AG angestossenen Resonanzgruppe Kernregion Bern wird zurzeit auf Behördenebene über die Möglichkeiten einer engeren gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit diskutiert und zur von der SP-Ostermundigen angestossenen Diskussion über mögliche Gemeindefusionen ist 2019 eine Studie erarbeitet worden, deren Ergebnisse 2020 vorgestellt werden. Es macht nicht unbedingt Sinn, parallel zu den laufenden Projekten weitere Ideen für eine engere Zusammenarbeit zu lancieren. Bei beiden erwähnten Projekten stehen 2020 wichtige Entscheide über das weitere Vorgehen an – es ist gut möglich, dass der Handlungsspielraum für die AG regionale Zusammenarbeit danach wieder grösser wird.

Für die AG regionale Zusammenarbeit: Christian Zahler, Präsident

7.5 Arbeitsgruppe Sicherheit

Die AG-Sicherheit hat sich 2019 zu zwei Sitzungen getroffen. Da viele AG-Mitglieder auch in anderen Gruppen oder Gremien im Bereich Sicherheit, Reitschule usw. aktiv sind und ressourcenmässig stark absorbiert waren, blieb es bei weniger Sitzungen als üblich.

Schwerpunktmässig befasste sich die AG im Berichtsjahr 2019 mit den Themen „Videoüberwachung von Privaten“ sowie „Auswirkungen des revidierten kantonalen Polizeigesetzes (PolG) auf städtischer Ebene“.

Beim Thema „Videoüberwachung von Privaten“ verfolgt die AG das Ziel, den Gemeinderat zur Einführung eines Mappings aller privaten Überwachungskameras in der Stadt Bern zu bringen, welche auch öffentlichen Grund erfassen. Nach Auffassung der AG haben solche Aufnahmen seit diesem Jahr eine besondere Brisanz: Das Berner Obergericht hat die Verwendbarkeit von widerrechtlich erstellten privaten Videoaufzeichnungen (Videokamera Hotel Schweizerhof) als Beweismittel in einem Strafprozess zugelassen.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Auswirkungen des revidierten kantonalen Polizeigesetzes (PolG) auf städtischer Ebene“ hat sich die AG dafür eingesetzt, gewisse Bestimmungen auf kommunaler Ebene soweit als möglich zu entschärfen. Dabei geht es vor allem um Bestimmungen, die vorsehen, dass Organisatorinnen und Organisatoren von Veranstaltungen neu die Polizeikosten auferlegt werden können, wenn der Anlass nicht bewilligt war und es zu Ausschreitungen kommt, oder wenn sie vorsätzlich oder grobfahrlässig gegen die Bewilligungsaufgaben verstossen haben. Initiantinnen und Initianten von Kundgebungen müssen mit der Kostenübernahme von bis zu 30'000 Franken rechnen. Das Gesetz geht aber noch weiter und sieht auch eine Kostenüberwälzung auf Teilnehmende von Demonstrationen von bis zu 10'000 Franken vor, auch wenn sie selber weder Gewalt angewendet noch dazu aufgerufen haben. Nach Auffassung der AG laufen diese Bestimmungen der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit diametral zuwider. Mit der anstehenden Teilrevision des städtischen Kundgebungsreglements besteht nun die Chance, eine solche Kostenüberwälzung auszuschliessen.

Die AG diskutierte 2019 auch das Thema Fanmärsche (insbesondere im Zusammenhang mit dem Spiel YB gegen Roter Stern Belgrad) und hat ihre diesbezüglichen Anregungen gegenüber der Geschäftsleitung der SP Stadt Bern kommuniziert.

Die AG steht allen am Thema Interessierten offen und würde sich über Verstärkung freuen. In der AG-Sicherheit haben im Jahr 2019 mitgearbeitet: Giovanna Battagliero, Yasemin Cevik, Vera Diener, Ladina Kirchen, Martin Krebs, Nora Krummen, Lukas Meier, Szabolcs Mihalyi, Stefan Müller, Lena Sorg, Michael Sutter, Michael von Bergen und Johannes Wartenweiler. Verbindungsperson zur Grossratsfraktion ist Tanja Bauer.

Für die Arbeitsgruppe Sicherheit: Yasemin Cevik

7.6 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Die AG Sozialpolitik hat sich 2019 zu fünf Sitzungen, einer Flyeraktion und dem all-jährlichen Fondueplausch getroffen.

Unsere Themen: Sozialhilfe, Wohnen und Integration

Zu Beginn des Jahres hat uns die Abstimmung zu den Kürzungen in der Sozialhilfe beschäftigt. Mit der Idee, dass dieser Abstimmungskampf auf dem Land geführt werden muss, haben wir eine Flyeraktion in Schwarzenburg durchgeführt und uns sehr gefreut, dass der Kanton Bern und auch die Gemeinde Schwarzenburg die Kürzungen abgelehnt haben. Zudem haben wir die Arbeit am Positionspapier zum Thema Wohnen abgeschlossen und dieses an der Delegiertenversammlung im September den Delegierten präsentiert. Das Positionspapier wurde in einer Unterarbeitsgruppe, die wir zusammen mit der AG Stadtentwicklung ins Leben gerufen hatten, erarbeitet. Des Weiteren haben wir uns dem Thema Integration angenommen. Es wurden Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Institutionen in der Stadt Bern geführt, die im Bereich Integration tätig sind. Von der anfänglichen Idee, daraus ein Positionspapier zu machen, sind wir abgewichen, werden aber weiterhin am Thema dranbleiben. Schliesslich haben wir die Erarbeitung der Motion zur unentgeltlichen Rechtshilfe für Armutsbetroffene unterstützt und die Vernehmlassungsantwort zur Umsetzung des kantonalen Betreuungsgutscheinsystems und der damit verbundenen Totalrevision des Betreuungsreglements vorbereitet.

Personelles: Generationenwechsel und neues Präsidium

Ende 2019 zählt die AG Sozialpolitik elf Mitglieder. Einige langjährige Mitglieder haben die AG Sozialpolitik im Laufe des Jahres verlassen: Wir danken Veronika Keller, Miriam Schwarz, Gere Wehrli und Roland Witschi ganz herzlich für ihr grosses Engagement. Ihre Erfahrung und ihr grosses Wissen zur Sozialpolitik der Stadt Bern der letzten Dekaden werden uns fehlen. Im Gegenzug konnten wir neue Gesichter in der AG begrüßen. Mit Bernadette Häfliger, Ahmed Abdi-Aden, Marc Keller und Evelyne Kurth engagieren sich motivierte Personen mit vielfältigen Bezügen zur Sozialpolitik, dem Migrationsbereich und der Integration von Menschen mit einer Behinderung neu in der AG Sozialpolitik. Zudem gab es einen Wechsel im Präsidium. Miriam Schwarz und Martina Eggenschwiler haben den Stab an Astrid Pfister und Franziska Ehrler weitergereicht. Wir danken Miriam und Martina sehr herzlich für ihre engagierte Leitung der AG Sozialpolitik.

Die Mitglieder der AG Sozialpolitik per Ende 2019 sind Ahmed Abdi-Aden, Christa Corbella, Martina Eggenschwiler, Franziska Ehrler (Co-Leitung), Bernadette Häfliger (Stadträtin), Nadja Kehrl-Feldmann (Stadträtin), Marc Keller, Fuat Köcer (Stadtrat), Evelyne Kurth, Astrid Pfister (Co-Leitung, Mitglied Sozialhilfekommission) und Matthias von Bergen.

Für die AG Sozialpolitik: Franziska Ehrler

7.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr

Die Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr (AG) traf sich im 2019 zu sechs Sitzungen, woran jeweils drei bis zehn Personen teilnahmen.

Mitwirkungen

Die AG verfasste und verabschiedete 10 Mitwirkungen zu Handen der Parteigremien. Zur Raumplanung waren dies folgende Mitwirkungen: Überbauungsordnung Weyermannshaus-West, Ufersanierungen Aare-Eichholz-Dählhölzli und Überbauungsordnung Schwarzorstrasse/Brunnmattstrasse (Meinen-Areal). Beim Thema Verkehr ging es um die Mobilitätsstrategie der Region Bern Mittelland 2040, die kantonale Vernehmlassung über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG, die Verkehrsmassnahmen im Zusammenhang mit Zukunft Bahnhof Bern - ZBB (Personenpassage und Neugestaltung Hirschengraben inklusive Option Velostation), den kantonalen Sachplan Veloverkehr sowie um das regionale Angebotskonzept ÖV für die Jahre 2022–2025. Schliesslich nahm die AG Stellung zur Teilrevision Abfallreglement (Sauberkeitsrapen). Sämtliche Mitwirkungen sind unter <http://www.sp-bern.ch/index.php?id=1295> einsehbar.

Diverse Themen

Neben den wichtigen Mitwirkungen befasste sich die AG aber u.a. auch mit dem Positionspapier zur «Elektro-Mobilität» der Mobilitätskonferenz sowie dem Erhalt des Stadtbauernhofs Elfenau inklusive dessen künftiger Nutzung. Die AG liess sich von unserem Gemeinderat Michael Aebersold über den Stand der Planung «Vierer- und Mittelfeld» informieren. Hierzu wird zurzeit der Masterplan erarbeitet, 2020 folgen dann mehrere Volksabstimmungen (Infrastruktur, Abgabe im Baurecht etc.).

Ebenfalls zu Gast war Stadtbaumeister Thomas Pfluger. Er informierte über die geplanten Sanierungen und Neubauten bei Schulhäusern in den kommenden Jahren.

Unter-AG Wohnen

Die Delegierten der SP Stadt Bern verabschiedeten am 9. September das Positionspapier «Wohnen in der Stadt Bern» der Unter-AG Wohnen. Der Dank für die grosse Arbeit daran geht an Franziska Ehrler (Leitung), Veronika Keller, Annette Lehmann, Barbara Jucker, Lena Sorg und Markus Troxler.

Städtische Abstimmungen

Besonders gefreut haben wir uns über die deutliche Zustimmung von 74 Prozent zum Rahmenkredit von 60 Mio. Franken für zusätzlichen städtischen Wohnraum. Damit erhält die Betriebskommission des städtischen Wohnbaufonds die Möglichkeit, flexibel und schnell auf dem Liegenschaftsmarkt mitbieten zu können, um zusätzlichen Wohnraum zu beschaffen. Aber auch das deutliche Ja (85 Prozent) zum Neubau der 50-Meter-Schwimmhalle im Neufeld war sehr erfreulich.

Wir danken allen AG-Mitgliedern für ihre regelmässige, engagierte Teilnahme an den Sitzungen und freuen uns auf spannende Diskussionen im nächsten Jahr.

Für die AG Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr: Felix Hauser und Marieke Kruit

8. Bericht der JUSO Stadt Bern

Klimawandel war 2019 wohl weltweit DAS politische Thema der Jungen. Die Fridays for Future wuchsen auch in Bern und die JUSO Stadt Bern war in dieser Bewegung aktiv, ohne sich in den Vordergrund zu drängen.

Auch sonst war dieses Thema bei uns präsent; wir hatten Diskussionen und Bildungsinputs zu globalen und lokalen Themen rund um Klima, Ökologie und Biodiversität.



Der Frauen*Streik und damit verbunden ein ganzes Themenjahr zu Feminismus in der JUSO, SP und der ganzen Linken war ein weiteres Highlight. Der Frauenstreik selber war unbeschreiblich, so viele Menschen vereint im Wunsch nach Gleichstellung und in der Wut auf Ungerechtigkeiten. Wir waren aber auch am achten März und an anderen Tagen präsent, waren an Demos, verteilten Flyer, malten Transpispis, diskutierten mit Fremden auf der Strasse und Genoss*innen beim Bier, feierten Partys und kämpften für mehr Frauen* in den Parlamenten. Damit sind wir beim dritten grossen Thema, das uns bewegt hat in diesem Jahr. Unser langjähriges Mitglied wurde in den Nationalrat gewählt. Mit Tamara Funiciello kam eine Frau* in dieses Parlament, die unsere Sektion enorm geprägt hat und auf die wir enorm stolz sind. Auch wenn die SP insgesamt nicht als die grosse Gewinnerin aus diesem Wahljahr hervorging, sind wir mit dem Resultat sehr zufrieden. Die neue Ratszusammensetzung ist ein grosser Erfolg für die linken Bewegungen der Schweiz. Vor dem grossen Feiern kam aber erst mal sehr viel Arbeit. Zwar lag die Verantwortung für den Wahlkampf bei der kantonalen Sektion, wir waren jedoch auch sehr aktiv. Wir waren manchmal frühmorgens, manchmal spät am Abend flyern, arbeiteten systematisch Quartiere beim "Briefchästele" ab, bastelten für lustige Aktionen, waren in den (sozialen) Medien aktiv, hängten Plakate auf (nicht immer legal) und versuchten, bei Telefonerevents nicht allzu verkatert zu klingen.

Klimajahr, Frauen*jahr, Wahljahr.

Viel hat uns bewegt, viel haben wir gemacht. Nicht immer ist alles flüssig gegangen, manchmal flossen Tränen oder wir tippten wütende Whatsapp-Nachrichten. Frust und Wut ist aus dem politischen Engagement nicht wegzudenken. Der Frust hat

meistens nach ermutigenden Diskussionen oder gelungenen Aktionen nachgelassen. Die Wut bleibt. Denn die Wut auf eine ungerechte Gesellschaft treibt uns an. Wir kämpfen weiter. Unser Vorstand hat viele Wechsel erfahren, viele neue Gesichter finden den Weg an unsere Veranstaltungen. Auch ihre Wut wird bleiben. Denn unsere Wut ist unsere Hoffnung. Allem zum Trotz glauben wir an eine Utopie. Wir glauben, dass eine gerechtere Welt möglich ist. Wir wissen, dass wir etwas erreichen können. Wir greifen kleine Ungerechtigkeiten wie Hotdogpreise in der Badi ebenso an wie den Kapitalismus als Ganzes. Manchmal ist es uns todernst, zum Beispiel wenn wir uns mit Repression und Polizeigewalt beschäftigen, und manchmal machen wir Dinge einfach zum Spass. Dann laufen wir einen Abend lang als UFO durch Berns Strassen und fordern, dass Parkplätze statt für Autos für UFOs sein sollten, um so auf Freiräume aufmerksam zu machen.



Auch 2020 werden wir wieder zusammen träumen und miteinander streiten, lachen und weinen, basteln und schreiben. Alleine sind wir Schneeflocken. Zusammen sind wir eine Lawine.

Für die JUSO Stadt Bern: Vera Diener und Michael von Bergen

9. Kontaktadressen

SP Stadt Bern
Postfach 2947
3001 Bern
031 370 07 90
bern@spbe.ch
www.spbern.ch

JUSO Bern
Postfach 2947
3001 Bern
info@jusobern.ch
www.jusobern.ch

SP Bern Altstadt Kirchenfeld
3000 Bern
info@sp-altstadt.ch
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem
Postfach 713
3018 Bern
info@spbb.ch
www.spbb.ch

SP Bern-Nord
Postfach 609
3000 Bern 22
info@sp-bern-nord.ch
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen
Postfach
3000 Bern
info@spholligen.ch
www.spholligen.ch

SP Bern Ost
c/o Mehmet Özdemir
Mülinenstrasse 15
3006 Bern
mehmet-oezdemir@hotmail.com
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd
3000 Bern
info@sp-bern-sued.ch
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Felsenau
c/o Niklaus Baltzer
Finkenhubelweg 6
3012 Bern
info@sp-lf.ch
www.sp-lf.ch